

# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1966

Ausgegeben am 10. August 1966

54. Stück

- 161.** Bundesgesetz: 2. Einkommensteuernovelle 1966  
**162.** Bundesgesetz: Erhöhung von Bezügen der Bediensteten des Dorotheums  
**163.** Bundesgesetz: Abänderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes 1965  
**164.** Kundmachung: Beitritt der Tschechoslowakei zum Übereinkommen betreffend das Verfahren in bürgerlichen Rechtssachen  
**165.** Abänderungen des Europäischen Währungsabkommens

### 161. Bundesgesetz vom 6. Juli 1966 zur Änderung einkommensteuerrechtlicher Vorschriften (2. Einkommensteuernovelle 1966)

Der Nationalrat hat beschlossen:

#### Artikel I

Das Einkommensteuergesetz 1953, BGBl. Nr. 1/1954, in der geltenden Fassung, wird in nachstehender Weise geändert:

1. Im § 10 Abs. 2 Z. 4 hat der zweite Satz zu lauten:

„Diese Beträge erhöhen sich für die mit dem Steuerpflichtigen gemäß § 26 zusammen zu veranlagende Person um je S 7000'— und für jedes Kind im Sinne der Z. 1 um je S 3000'—.“

2. Dem § 10 wird als Abs. 3 angefügt:

„(3) Für Sonderausgaben gemäß Abs. 1 Z. 1, 3 und 4 ist ohne besonderen Nachweis ein Pauschbetrag von S 2028'— jährlich abzusetzen. Hat die Steuerpflicht nicht während des vollen Kalenderjahres bestanden, so ermäßigt sich dieser Betrag auf S 169'— für jeden vollen Kalendermonat, in dem die Steuerpflicht bestanden hat.“

3. Im § 32 Abs. 2 Z. 2 lit. c und Abs. 4 Z. 3 lit. b sowie im § 46 Abs. 1 Z. 2 lit. c und Abs. 3 Z. 3 treten an die Stelle der Worte „das 25. Lebensjahr“ die Worte „das 27. Lebensjahr“.

4. In den §§ 43 und 63 tritt an die Stelle des Hinzurechnungsbetrages von

monatlich	wöchentlich	täglich
S 585'—	S 135'—	S 22'50

ein Hinzurechnungsbetrag von

monatlich	wöchentlich	täglich
S 754'—	S 174'—	S 29'—

5. Im § 47 Abs. 2 treten an die Stelle der Worte „im Alter von nicht mehr als 25 Jahren“ die Worte „im Alter von nicht mehr als 27 Jahren“.

6. § 51 Abs. 3 Z. 2 hat zu lauten:

„2. wenn die Sonderausgaben im Sinne des § 10 Abs. 1 Z. 1, 3, 4 und Abs. 2 den Jahrespauschbetrag gemäß § 10 Abs. 3 übersteigen, der übersteigende Betrag, abgestellt auf den für den Arbeitnehmer in Betracht kommenden Lohnzahlungszeitraum.“

7. § 103 a Abs. 1 und 2 haben zu lauten:

„(1) Aus Anlaß der Neugründung eines Hausstandes nachweisbar getätigte Aufwendungen für die Beschaffung lebensnotwendiger Einrichtungs- und Gebrauchsgegenstände sind bis zu einem Jahresbetrag von S 2500'— als außergewöhnliche Belastung gemäß § 33 zu berücksichtigen; dabei ist § 33 Abs. 4 nicht anzuwenden. Die Aufwendungen sind bis zu einem Jahresbetrag von S 12.000'— zu berücksichtigen, wenn der Steuerpflichtige sich mit seinem Ehepartner die erste gemeinsame Wohnung einrichtet. Aufwendungen im Sinne des ersten Satzes liegen vor, wenn sie innerhalb von fünf Jahren ab dem Zeitpunkt der Neugründung des Hausstandes getätigt werden. Auf Antrag des Steuerpflichtigen sind an Stelle der fünf Jahresbeträge Aufwendungen bis zur Höhe des fünffachen Jahresbetrages zu berücksichtigen, wenn diese Aufwendungen innerhalb von zwölf Monaten anläßlich der Neugründung des Hausstandes getätigt werden.“

(2) Eine Neugründung eines Hausstandes liegt nur vor, wenn sich der Steuerpflichtige erstmalig eine Wohnung oder wegen Verhehlung mit seinem Ehepartner die erste gemeinsame Wohnung einrichtet.“

**Artikel II**

(1) Die Bestimmungen des Artikels I sind anzuwenden,

- a) wenn die Einkommensteuer veranlagt oder durch Jahresausgleich festgestellt wird, erstmals bei der Veranlagung oder beim Jahresausgleich für das Kalenderjahr 1967,
- b) wenn die Einkommensteuer (Lohnsteuer) durch Abzug vom Arbeitslohn eingehoben wird, für die nach dem 31. Dezember 1966 endenden Lohnzahlungszeiträume.

(2) Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für Finanzen betraut.

Jonas

Klaus

Schmitz

**162. Bundesgesetz vom 7. Juli 1966 über die Erhöhung von Bezügen der Bediensteten des Dorotheums**

Der Nationalrat hat beschlossen:

**Artikel I**

Der Teil des Monatsbezuges der Bediensteten des Dorotheums, der sich aus den §§ 4 und 5 des Bundesgesetzes vom 10. Juli 1958, BGBl. Nr. 161, über die dienst- und besoldungsrechtliche Stellung der Bediensteten des Dorotheums, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 2/1962, aus Artikel II Abs. 4 und 5 des letztgenannten Bundesgesetzes und aus § 1 des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 318/1963, aus § 1 des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 155/1964 sowie aus Artikel II des Bundesgesetzes, BGBl. Nr. 127/1965 ergibt, ist ab 1. Juni 1966 um 6 v. H., mindestens aber um 120 S, zu erhöhen.

**Artikel II**

Der gemäß Artikel I erhöhte Teil des Monatsbezuges der Bediensteten des Dorotheums ist ab 1. Jänner 1967 um 25 v. H., mindestens aber um 50 S, zu erhöhen.

**Artikel III**

Artikel I dieses Bundesgesetzes tritt am 1. Juni 1966, Artikel II am 1. Jänner 1967 in Kraft.

**Artikel IV**

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für Inneres, soweit jedoch in den nach § 1 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die dienst- und besoldungsrechtliche Stellung der Bediensteten des Dorotheums anzuwendenden Vorschriften die Mitwirkung des Bundeskanzleramtes und des Bundesministeriums für Finanzen vorgesehen ist, im Einvernehmen mit diesen, betraut.

Jonas

Klaus

Hetzenauer

Schmitz

**163. Bundesgesetz vom 13. Juli 1966, mit dem das Staatsbürgerschaftsgesetz 1965 ergänzt wird**

Der Nationalrat hat beschlossen:

**Artikel I**

In der Zeit bis zum 31. Dezember 1966 sind, unbeschadet der Bestimmungen des § 41 des Staatsbürgerschaftsgesetzes 1965, BGBl. Nr. 250, auch die Bezirkshauptmannschaften zur Ausstellung von Staatsbürgerschaftsnachweisen (§ 44 Abs. 1 StbG. 1965) zuständig.

**Artikel II**

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist, soweit sie dem Bund zukommt, das Bundesministerium für Inneres, soweit sie dem Lande zukommt, die Landesregierung betraut.

Jonas

Klaus

Hetzenauer

**164. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 2. August 1966 über den Beitritt der Tschechoslowakei zum Übereinkommen betreffend das Verfahren in bürgerlichen Rechts-sachen**

Nach Mitteilung der Königlich Niederländischen Botschaft in Wien ist die Tschechoslowakei dem Übereinkommen betreffend das Verfahren in bürgerlichen Rechtssachen (BGBl. Nr. 91/1957, letzte Kundmachung betreffend den Geltungsbereich BGBl. Nr. 28/1966) beigetreten.

Das Übereinkommen tritt für die Tschechoslowakei am 11. August 1966 in Kraft.

Klaus

**165.**

Der Bundespräsident erklärt die vom Rat der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) am 21. September 1965 gemäß Artikel 26 des Europäischen Währungsabkommens beschlossenen Abänderungen des Europäischen Währungsabkommens, welche also lauten:

(Übersetzung)

1. Le paragraphe *d* de l'article 4 de l'Accord est modifié comme suit:

« *d.* Les contributions des Parties Contractantes sont payées au Fonds conformément aux décisions de l'Organisation, dans la mesure nécessaire pour maintenir les avoirs liquides du Fonds au niveau requis pour lui permettre de faire face à tout moment à ses obligations. Les paiements sont effectués en or, proportionnellement au montant des contributions. Toutefois, l'Organisation pourra décider que:

1. certaines Parties Contractantes ne seront appelées, en raison de leur situation spéciale, à payer tout ou partie de leurs contributions qu'après le paiement total de toutes les autres contributions, une telle décision étant sujette à révision, en cas de modification de la situation de l'une quelconque des Parties Contractantes intéressées, sans que les montants dont le paiement sera ainsi différé puissent excéder au total 56.850.000 unités de compte;

2. Une Partie Contractante à laquelle un crédit aura été accordé par le Fonds ne sera pas appelée à participer aux paiements faits au Fonds, en vue de main-

1. Paragraph (d) of Article 4 of the Agreement to read:

“(d) The contributions of the Contracting Parties shall be paid to the Fund in accordance with the decisions of the Organisation to the extent necessary to maintain the liquid assets of the Fund at the level required for it to meet its obligations at any time. The payments shall be made in gold, in proportion to the amount of the contributions. The Organisation may, however, decide that:

(i) in view of their special position, certain Contracting Parties shall not be called upon to pay contributions in whole or in part until there has been full payment of all the other contributions, any such decision being subject to review if the position of any of the Contracting Parties concerned should change, provided that the amounts the payment of which will thus be deferred shall not, in aggregate, exceed 56,850,000 units of account;

(ii) a Contracting Party to which a credit has been granted by the Fund shall not be called upon to participate in payments to the Fund, for the purpose of main-

1. Artikel 4 Absatz (d) des Abkommens erhält folgende Fassung:

„d) Die Beiträge der Vertragsparteien sind an den Fonds gemäß den Beschlüssen der Organisation insoweit zu zahlen, als es notwendig ist, die liquiden Vermögenswerte des Fonds auf einem Stand zu halten, der ihm jederzeit die Erfüllung seiner Verpflichtungen ermöglicht. Die Zahlungen sind in Gold, und zwar im Verhältnis zur Höhe der einzelnen Beitragsverpflichtungen zu leisten. Die Organisation kann jedoch beschließen, daß

1. bestimmte Vertragsparteien im Hinblick auf ihre besondere Lage nicht zur Zahlung des gesamten Beitrags oder eines Teiles davon aufgefordert werden, bevor alle anderen Beiträge voll eingezahlt sind, wobei jeder solche Beschluß einer Überprüfung zu unterziehen ist, falls sich die Lage einer der betreffenden Vertragsparteien ändern sollte, dies mit der Maßgabe, daß die Beiträge, deren Zahlung auf diese Weise aufgeschoben wird, insgesamt 56,850.000 Rechnungseinheiten nicht überschreiten dürfen,

2. eine Vertragspartei, der durch den Fonds ein Kredit gewährt wurde, nicht zur Beteiligung an den Zahlungen an den Fonds zu dem Zwecke, die liquiden Vermögens-

tenir les avoirs liquides du Fonds au niveau requis pour faire face aux tirages sur ce crédit, à condition que les montants dont le versement aura été ainsi différé soient néanmoins versés au Fonds avant les montants visés à l'alinéa 1 du présent paragraphe ».

2. L'alinéa *a*, 1 de l'article 11 de l'Accord est modifié comme suit:

« *a*. Chaque Partie Contractante doit notifier au terme de chaque période au titre de laquelle des règlements sont exécutés (appelée ci-dessous « période comptable »):

1. les montants de monnaie mis par elle à la disposition de chacune des autres Parties Contractantes et les montants de monnaie mis à sa disposition par chacune des autres Parties Contractantes en vertu de l'article 10 ci-dessus, au cours de la période comptable précédente et non remboursés au terme de la période comptable à laquelle se rapportent les règlements, étant entendu que, pour les règlements prévus aux articles 13, 14 *a* et *d* et 29 *b*, les montants qui seront notifiés comprennent tous les montants dans la ou les monnaies en cause, non encore remboursés à la fin de la période comptable à laquelle se rapportent les règlements » ;

taining the liquid assets of the Fund at the level required to meet drawings on that credit, provided that the amounts the payment of which will thus be deferred shall nevertheless be paid to the Fund before the amounts referred to in the preceding sub-paragraph of this paragraph.”

2. Sub-paragraph (a) (i) of Article 11 of the Agreement to read:

“(a) Each Contracting Party shall notify at the end of each period in respect of which settlements are carried out (hereinafter called an “accounting period”):

(i) any amounts of currency placed by it at the disposal of each of the other Contracting Parties and any amounts of currencies placed at its disposal by each of the other Contracting Parties under Article 10 during the preceding accounting period which are outstanding at the end of the accounting period to which the settlements relate, provided that, for the purposes of settlements under Articles 13, 14 (a) and (d) and 29 (b), the amounts of currency to be notified shall include all the amounts in the currency or currencies concerned which are outstanding at the end of the accounting period to which the settlements relate;”

werte des Fonds auf einem Stand zu halten, der Inanspruchnahmen dieses Kredites ermöglicht, aufgefördert wird, wobei jedoch die Beträge, deren Zahlung auf diese Weise aufgeschoben wird, dennoch vor den unter (1) genannten Beträgen an den Fonds zu zahlen sind.“

2. Artikel 11 Absatz (a) (1) des Abkommens erhält folgende Fassung:

„a) Jede Vertragspartei meldet am Ende jeder Periode, für die der Zahlungsausgleich erfolgt (im folgenden „Abrechnungsperiode“ genannt),

1. alle Währungsbeträge, die sie auf Grund des Artikels 10 während der vorangegangenen Abrechnungsperiode einer anderen Vertragspartei überlassen hat, und alle Währungsbeträge, die ihr von anderen Vertragsparteien zur Verfügung gestellt worden sind, soweit sie am Ende der Abrechnungsperiode, auf die sich der Zahlungsausgleich bezieht, noch nicht zurückgezahlt sind, wobei für die Zwecke des Zahlungsausgleichs auf Grund der Artikel 13, 14 (a) und (d) sowie 29 (b) in die zu meldenden Währungsbeträge alle Beträge in der betreffenden Währung oder in den betreffenden Währungen einzubeziehen sind, die am Ende der Abrechnungsperiode, auf die sich der Zahlungsausgleich bezieht, nicht zurückgezahlt sind;“

- |  |   |   |
|--|---|---|
| <p>3. Le paragraphe <i>d</i> de l'article 30 de l'Accord est modifié comme suit:</p> <p>« <i>d</i>. Postérieurement au 31 décembre 1965, une Partie Contractante peut mettre fin, en ce qui la concerne, au présent Accord en donnant à cet effet un préavis d'un an au Secrétaire général de l'Organisation. Le retrait devient effectif à la date à laquelle le préavis expire ou, si les dispositions du Titre II ci-dessus sont applicables à la Partie Contractante en cause, au terme de la période comptable au cours de laquelle le préavis expire, à condition que ladite Partie Contractante ait exécuté toutes ses obligations envers le Fonds à la date de son retrait. Le Secrétaire général notifiera les préavis reçus en vertu du présent paragraphe à toutes les Parties Contractantes ».</p> | <p>3. Paragraph (d) of Article 30 of the Agreement to read:</p> <p>“(d) After 31st December, 1965, a Contracting Party may terminate the present Agreement with regard to itself by giving one year's notice to the Secretary-General of the Organisation. The withdrawal shall take effect on the date on which the period of notice expires or, if the provisions of Part II of the present Agreement apply to the Contracting Party concerned, at the end of the accounting period during which the period of notice expires, provided that the Contracting Party concerned has complied with all its obligations to the Fund on that date. The Secretary-General shall inform all the Contracting Parties of the receipt of any notice given in accordance with the present paragraph.”</p> | <p>3. Artikel 30 Absatz (d) des Abkommens erhält folgende Fassung:</p> <p>„d) Nach dem 31. Dezember 1965 kann eine Vertragspartei dieses Abkommen für sich selbst beenden, indem sie dem Generalsekretär der Organisation die Kündigung mit Einjahresfrist mitteilt. Das Ausscheiden wird an dem Tage wirksam, an dem die Kündigungsfrist abläuft, beziehungsweise, wenn die Bestimmungen des Teiles II dieses Abkommens auf die Vertragspartei Anwendung finden, mit dem Ablauf der Abrechnungsperiode, in der die Kündigungsfrist abläuft, vorausgesetzt, daß die betreffende Vertragspartei zu diesem Zeitpunkt allen ihren Verpflichtungen gegenüber dem Fonds nachgekommen ist. Der Generalsekretär hat allen Vertragsparteien vom Eingang jeder gemäß diesem Absatz ausgesprochenen Kündigung Kenntnis zu geben.“</p> |
| <p>4. Les paragraphes <i>a</i> et <i>b</i> de l'article 32 de l'Accord sont modifiés comme suit:</p> <p>« <i>a</i>. Sans préjudice des dispositions de l'article 31 ci-dessus, l'Organisation procédera, au plus tard le 30 septembre 1968, à un examen général du fonctionnement du présent Accord afin de décider, en consultation avec le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique, dans quelles conditions il pourra être prorogé au-delà du 31 décembre 1968.</p> <p><i>b</i>. Le présent Accord prendra fin le 31 décembre 1968 en ce qui concerne toute Partie Contractante qui</p>   | <p>4. Paragraphs (a) and (b) of Article 32 of the Agreement to read:</p> <p>“(a) Not later than 30th September, 1968, the Organisation shall, without prejudice to the provisions of Article 31, carry out a comprehensive review of the operation of the present Agreement, in order to decide, in consultation with the Government of the United States of America, on the conditions on which it may remain in force after 31st December, 1968.</p> <p>(b) The present Agreement shall terminate on 31st December, 1968, with regard to any Contracting</p>  | <p>4. Artikel 32 Absatz (a) und (b) des Abkommens erhält folgende Fassung:</p> <p>„a) Spätestens am 30. September 1968 wird die Organisation unbeschadet der Bestimmungen in Artikel 31 eine eingehende Untersuchung über die Durchführung dieses Abkommens vornehmen, um zu entscheiden, und zwar in Beratung mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, unter welchen Bedingungen das Abkommen nach dem 31. Dezember 1968 weiter in Kraft bleiben kann.</p> <p>b) Wirkt eine Vertragspartei an der gemäß Absatz (a) dieses Artikels von der Organisation getroffenen</p>  |

ne participerait pas à la décision de l'Organisation prévue au paragraphe a du présent article, et les paragraphes e et f de l'article 30 ci-dessus s'appliqueront à ladite Partie Contractante.»

Party which does not take part in the decision taken by the Organisation by virtue of paragraph (a) of the present Article, and paragraphs (e) and (f) of Article 30 shall then apply to that Contracting Party.”

Entscheidung nicht mit, so endigt dieses Abkommen für sie mit 31. Dezember 1968. In diesem Fall findet Artikel 30 Absatz (e) und (f) auf diese Vertragspartei Anwendung.“

für ratifiziert und verspricht im Namen der Republik Österreich die gewissenhafte Erfüllung der in diesen Abänderungen enthaltenen Bestimmungen.

Zu Urkund dessen ist die vorliegende Ratifikationsurkunde vom Bundespräsidenten unterzeichnet, vom Bundeskanzler, vom Bundesminister für Finanzen und vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten gegengezeichnet und mit dem Staatssiegel der Republik Österreich versehen worden.

Geschehen zu Wien, am 1. Juli 1966

Der Bundespräsident:

**Jonas**

Der Bundeskanzler:

**Klaus**

Der Bundesminister für Finanzen:

**Schmitz**

Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten:

**Tončić**

Die vorliegenden, vom Rat der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) am 21. September 1965 beschlossenen Abänderungen des Europäischen Währungsabkommens, BGBl. Nr. 75/1960 in der Fassung BGBl. Nr. 157/1962, sind am 1. Jänner 1966 in Kraft getreten.

**Klaus**